

007. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 20.01.2010

Rede von MdL Dr. Dietmar Pellmann zur Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema „5 Jahre Armutsrisiko Hartz IV und die Staatsregierung verharnt in Untätigkeit“

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede//

Nachdem mein Fraktionsvorsitzender im einleitenden Beitrag unsere Grundpositionen zu Hartz IV skizziert hat, möchte ich dies aus sozialpolitischer Sicht vertiefen, dabei sowohl auf die Situation eingehen als auch Lösungsvorschläge unterbreiten.

1. Die Zahl der Betroffenen ist im Vergleich zu 2005 auch in Sachsen nicht zurück gegangen. Gab es im September 2005 in Sachsen 547.000 von Hartz IV Abhängige, so drei Jahre später, also noch vor der Krise und nach einem Wirtschaftsaufschwung 523.000. Der minimale Rückgang ist kein Ergebnis der Wirkungen von Hartz IV, sondern resultiert

- aus Abwanderung,
- aus vorzeitiger Verrentung,
- aus Trainingsmaßnahmen,

Es ist also dringend geboten, endlich das wahre Ausmaß von Arbeitslosigkeit abzubilden und auf jegliche statistische Tricks zu verzichten. Würde das nämlich geschehen, läge die Zahl der Arbeitslosen schon heute bei über 400.000 in Sachsen.

2. Die Armut in Sachsen hat zugenommen. Der Einschnitt war schon 2005, als nämlich die bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe in das ALG II wanderten und erhebliche Einkommensverluste in Kauf nehmen mussten. Gleiches gilt auch für damalige Sozialhilfebezieher durch den Wegfall einmaliger Hilfeleistungen. Wir fordern daher, dass die Staatsregierung endlich zur Kenntnis nimmt: Wer soziale Leistungen erhält gilt als arm.

3. Mit der Einführung der Bedarfsgemeinschaften werden besonders Frauen und Kinder benachteiligt und ihrer Subjektrolle im Leben beraubt. Wir fordern daher eine Individualveranlagung, was freilich auch mit einer völligen Veränderung im Steuerrecht zur Folge hätte. So erhalten rund 25 Prozent der Arbeitssuchenden keine Leistungen, weil sie in eine Bedarfsgemeinschaft gepresst werden. Dringend geboten ist die Abschaffung der so genannten 25-Regelung.

4. Die gegenwärtigen Regelleistungen garantieren ein Verharren in Armut. Sie müssen dringend angehoben werden. Das gilt besonders für einen eigenen Regelsatz für Kinder. Wenn auch die hiesige Staatsregierung erst darauf wartet, was demnächst das Bundesverfassungsgerecht entscheidet, dann ist das mehr als ein Armutszeugnis. Generell ist es doch ein Skandal, wenn politische Entscheidungen immer öfter durch Richter korrigiert werden müssen.

5. Hartz IV hat schon jetzt zu mehr Altersarmut geführt. Das wird sich in Zukunft verstärkt fortsetzen. Daher bekräftigen wir unsere Forderung, dass für Leistungsbezieher ein wesentlich höherer monatlicher Betrag in die Rentenversicherung eingezahlt werden muss. Ansonsten wird die Zahl derer, die künftig auf Altersgrundsicherung angewiesen sind, dramatisch steigen und vor allem die Kommunen finanziell endgültig überfordern. Der großspurig verbreitete

Vorschlag, künftig für die Altersvorsorge 750 Euro pro Lebensjahr anzurechnen, löst das Problem überhaupt nicht. In den Genuss dieser Maßnahme kommen nämlich bundesweit nur etwa 11.000 Personen bzw. 0,2 Prozent der heutigen Leistungsbezieher.

6. Einer der Hauptgegenstände für Widersprüche und Klagen ist die Bemessung der Kosten der Unterkunft. Hier muss der Bund endlich von seiner Verordnungsmöglichkeit Gebrauch machen und für einheitliche Standards sorgen. Zugleich trägt das stete Zurückfahren des Bundeszuschusses wesentlich zur weiteren finanziellen Schwächung der Kommunen bei. Dafür ist die Staatsregierung wegen ihres Nichtstuns mit verantwortlich.

Die von mir genannten Aspekte bestätigen: Hartz IV ist gescheitert, hat auch und gerade in Sachsen zu mehr Armut geführt und gehört daher lieber heute als morgen abgeschafft.